



Rhodes, Ben: *Im Weißen Haus - Die Jahre mit Barack Obama*. München: Beck Verlag 2019, 576 Seiten, € 26,00.

/// Barack, Ben, der Iran, Syrien und Israel – oder, wie Amerika die Welt sah

DER AUßENPOLITIKER OBAMA

Der Autor Ben Rhodes begleitete seit 2007 acht Jahre den US-Präsidenten Barack Obama als Redenschreiber, Berater und später als stellvertretender Sicherheitsberater. In seinem Buch berichtet Rhodes über die zentralen Themen von Obamas Außenpolitik, nämlich die Verhandlungen über das Nuklearabkommen mit dem Iran, den Druck der republikanischen Partei, in Syrien zu intervenieren, die Annäherungsversuche an Kuba, Osama bin Ladens Verfolgung und Tod in Pakistan, den israelisch-palästinensischen Konflikt über die Zwei-Staaten-Lösung, das Verspre-

chen, die US-Truppen aus dem Irak und aus Afghanistan abzuziehen, die Intervention in Libyen und Obamas Eintreten für das Pariser Klimaabkommen.

Das Abkommen mit dem Iran

Der Hauptteil des Buches besteht aber in der Beschreibung von Atmosphären und Personen bei Treffen und Sitzungen. Man bekommt so auch einen besseren Eindruck von dem Menschen Obama. Durch diese Hintergrundschilderungen wird etwa deutlich, wie groß Obamas Anliegen, ein Nuklearabkommen mit dem Iran zu erreichen, war. Schon seine

Ankündigung im Wahlkampf, in diplomatische Verhandlungen mit dem Iran zu treten, stieß auf stärksten innenpolitischen Widerstand. Selbst Obamas externe Berater äußerten sich skeptisch. Es fanden sich auch keine Experten, die bereit gewesen wären, Obamas Haltung öffentlich zu verteidigen. Die frühere demokratische Außenministerin unter Bill Clinton, Madeleine Albright, kritisierte Obamas Gesprächsabsichten mit dem Iran öffentlich. Das Washingtoner außenpolitische Establishment war einhellig der Meinung, dass Diplomatie als schwach gelte und alles andere als maximale Härte zum Scheitern verurteilt wäre – und zwar unabhängig davon, ob der Iran ein Nuklearprogramm verfolge oder nicht. In den USA wurde immer noch das Bild von dunklen Ajatollahs und amerikanischen Geiseln mit verbundenen Augen beschworen.

Extern waren Israel, Saudi Arabien und die Emirate gegen jegliche Gespräche mit dem feindlichen Iran. „In Washington, wo die Unterstützung für Israel für Kongressabgeordnete Pflicht ist, herrschte eine natürliche Rücksicht auf die Ansichten der israelischen Regierung, und Netanjahu war stets konfrontativ [...] nur, dass er nicht selbst gegen den Iran antreten wollte, sondern die USA es tun sollten“, beobachtet Rhodes. Die israelische Lobby AIPEC tat alles, um Obamas Ansichten zu diskreditieren. Die Saudis und die Emirate pumpen Geld in Think Tanks, Universitäten, Firmen, üppige Partys und Meinungsmacher, die eine harte Linie gegenüber dem Iran und letztlich gegenüber Obamas Außenpolitik forderten.

Obwohl sich der neu gewählte iranische Präsident Hassan Rohani und Präsident Obama 2013 gemeinsam im UN-Gebäude in New York befanden, sprachen

sie erst am Telefon miteinander, als Rohani im Auto zum Flughafen war. Immerhin war Obama der erste US-Präsident, der seit der iranischen Revolution von 1979 mit einem iranischen Präsidenten sprach. Schließlich wurde das Abkommen von sechs Weltmächten und dem Iran am 14. Juli 2015 nach dreizehn Jahre langen Verhandlungen, davon acht Jahre Bemühungen der Regierung Obama, in Wien unterzeichnet. Letztlich haben dutzende Menschen – Diplomaten, Anwälte, Nuklearwissenschaftler und andere Experten sowie Mitarbeiter von Nachrichtendiensten – daran gearbeitet, Sicherheit, Wissenschaft und Politik auf einen Nenner zu bringen. AIPEC und andere Oppositionsgruppen hatten etwa 40 Millionen Dollar ausgegeben, um das Abkommen doch noch zu verhindern und Kongressabgeordneten Angst einzujagen. Schließlich wurde von den Gegnern der Vorwurf erhoben, Obama und sein Team seien Antisemiten. Letztendlich waren die Gegner insofern erfolgreich, als Obamas Nachfolger Donald Trump den Deal 2017 aufkündigte, was John Kerry, der Chefverhandelte Obamas, wie Rhodes noch schreibt, bereits voraus geahnt hatte.

Politisches Engagement vs. militärische Intervention und Syrien

Obama wollte sich international nicht weniger, sondern mehr engagieren. Durch die Begrenzung der militärischen Rolle der USA im Nahen und Mittleren Osten wären sie aber besser in der Lage gewesen, die amerikanische Infrastruktur wiederaufzubauen, sich dem asiatischen Pazifikraum zuzuwenden und sich auf China zu konzentrieren, sich Kuba zu öffnen, sowie sich Bedrohungen wie dem Klimawandel zu stellen.

Durch das Abkommen mit dem Iran konnte Obama eine sich zuspitzende Entscheidung zwischen „Diplomatie oder Krieg“ abwenden. Immer häufiger sah er sich mit dem Druck konfrontiert, er solle in Syrien nach Chemiewaffeneinsätzen „mehr tun“, was konkret bedeutete, Assad zu bombardieren. Diese Forderungen kamen von den Republikanern, aber auch aus den eigenen Reihen, um wieder Aufmerksamkeit zu erzeugen. Obama konsultierte Angela Merkel, die er sehr schätzte. Die deutsche Bundeskanzlerin warnte vor übereilten Entscheidungen, durch die Obama „vagen Anschuldigungen ausgesetzt“ sein würde.

Daraufhin beschloss er, dem Kongress die Autorisierung von Luftschlägen gegen Syrien zu überlassen. Ohne seine Autorisierung würden die Republikaner Obama aber auch wieder attackieren und der Kongress übernahm diese Verantwortung nicht. Die Abstimmung fand niemals statt. Stattdessen kam es zu einer Übereinkunft zwischen den russischen und amerikanischen Außenministern Lawrow und Kerry darüber, dass aus Syrien die Chemiewaffen entfernt werden sollten. Damit würden tausende von Tonnen chemischer Waffen aus Syrien abtransportiert und vernichtet werden, weit mehr, als durch militärische Aktionen zerstört worden wären.

Keine Friedenslösung für Palästina

Natürlich musste sich Obama mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt beschäftigen. 2011 hatte er bei einer Rede vor dem Außenministerium ange-regt, dass sich der Grenzverlauf „an den Grenzen von 1967 mit gegenseitigem Gebietsaustausch orientieren sollte“, womit er die Siedlungen auf der Westbank nicht prinzipiell in Frage stellte.

Der israelische Ministerpräsident Netanjahu allerdings versuchte zu Beginn des Präsidentschaftswahlkampfes 2012, inneramerikanische Opposition gegen Obama zu nutzen, indem er diesem vorwarf, er wolle die Grenze neu ziehen. Er unterschlug dabei das Wort „orientieren“, was Mitt Romney zu der Erklärung veranlasste, Obama wolle „Israel den Wölfen zum Fraße vorwerfen“. Rhodes, der sich selbst als liberalen Juden aus New York bezeichnet, sieht darin den Versuch Netanjahus, „jede ernstzunehmende Bemühung um Frieden zu untergraben, genau wie er die Siedlungen nutzte, um die Palästinenser zu demoralisieren“. Diese Politik verhinderte eine Zwei-Staaten Lösung und dass Israel sowohl ein jüdischer Staat als auch eine Demokratie bleibt.

Zwei Welten

Im letzten Jahr von Obamas Präsidentschaft gab es zwei Welten unterschiedlicher Wahrnehmung. In der einen gab es das globale Klimaschutzabkommen, das Iran-Abkommen, wachsende Wirtschaftsdaten und 20 Millionen neu krankenversicherte Amerikaner. Die andere malten Obamas Gegner mit übertriebener Kriminalität, massiver Einwanderung, überall lauern den Terrorismus und stagnierenden Löhnen in Amerika.

Insgesamt erzählt Rhodes viele illustrative Anekdoten, bietet aber keine neuen Informationen. Es werden zahlreiche Personen vorgestellt, die Obama umgaben. Beratende Sozialwissenschaftler waren aber nicht dabei.

PROF. DR. HEINZ GÄRTNER,
WIEN